

Sprüche des Tages

«Selbst Christoph Blocher hat den Taser schon an sich testen lassen.»

Anhand dieses Beispiels wollte **Pirmin Müller (SVP, Luzern)** verdeutlichen, dass der Einsatz von Elektroschockgeräten ungefährlich sei.

«Ich empfehle allen SPLern, sich statt des «Kommunistischen Manifests» Goethes «Zauberlehrling» zu Gemüte zu führen.»

SVP-Fraktionspräsident Guido Müller (Ebikon) liess seinem Ärger über das Postulat von **Sara Agner (SP, Dagmersellen)** zur Verhinderung sexueller Belästigung freien, literarischen Lauf.

«Der Wind des Widerstandes beginnt jetzt.»

Hans Stutz (Grüne, Luzern) nahm diese Redensart von **Irene Keller (FDP, Vitznau)** auf. Diese hatte mit viel Widerstand gegen ihre Motion über die Änderungen bei den Majorzwahlen gerechnet. Diesen bekam sie auch.

Wahlsystem bleibt unangetastet

Majorzwahlen FDP-Kantonsrätin Irene Keller (Vitznau) verlangte in einer Motion eine Anpassung beim Luzerner Wahlsystem: Bei kantonalen Majorzwahlen sollen nur noch jene Kandidaten zu einem zweiten Wahlgang antreten können, die beim ersten Wahlgang mindestens 10 Prozent des absoluten Mehrs erreicht haben. Diese Hürde soll das Risiko kostspieliger und unnötiger zweiter Wahlgänge minimieren.

Der Regierungsrat und mit 75 Nein- zu 15 Ja-Stimmen eine klare Mehrheit des Kantonsrats lehnten die Motion ab. Zu gross sei die Einschränkung der Demokratie, hiess es. (avd)

Datenschützer: Lösung in Sicht

Neubesetzung Bis Ende September müsste die Luzerner Regierung einen neuen Datenschutzbeauftragten einstellen. Dies, weil Reto Fanger auf Ende August gekündigt hatte, sich allerdings dazu bereiterklärte, einen Monat länger zu bleiben.

Im Kantonsrat wollte gestern Hans Stutz (Grüne, Luzern) wissen, ob man nun einen Nachfolger gefunden hat. Das sei noch nicht der Fall, sagte Regierungspräsident Robert Küng. Man sei jedoch mit Fanger im Gespräch, ob er – als Übergangslösung – sein Amt noch länger ausüben könne. Küng versprach zudem mehr Geld für den Datenschutz. Im Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 ist dafür eine Aufstockung um 100 Stellenprozente ab 2020 eingestellt. (jon)

Regierung soll Netz beschleunigen

Versorgung Breitband-Internet bis in ländliche Gebiete: Der Kantonsrat beauftragt die Regierung, eine entsprechende Strategie zu erarbeiten. Auch wenn eigentlich der Bund für die Umsetzung verantwortlich ist.

Alexander von Däniken
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Es war die erste digitale Session, die der Luzerner Kantonsrat gestern beendete. Vorstösse und Voten lasen die Parlamentarier überwiegend vom Laptop oder Tablet ab. Abgesehen von kleinen haptischen Problemen verlief die «E-Session» ohne Schwierigkeiten. Das ist laut Guido Roos keine Selbstverständlichkeit. Der CVP-Kantonsrat aus Wolhusen hat den Regierungsrat mittels Postulat aufgefordert, eine Breitbandstrategie für den Kanton Luzern zu erarbeiten. Diese soll aufzeigen, was es braucht, damit ab 2020 alle Einwohner im Kanton Luzern mit mindestens 10 Megabit pro Sekunde (Download) surfen können.

«Genügend Bandbreite für die Nutzung internetbasierter Anwendungen ist für Kunden

wie auch Unternehmen ein wichtiger Wettbewerbsfaktor», begründete Roos. Es gebe mehrere tausend Personen im Kanton Luzern, die über weniger als die gesetzlich garantierte Mindestversorgung von 3 Megabit pro Sekunde verfügen (Ausgabe vom 24. Januar 2018).

64 Kantonsräte haben Vorstoss unterschrieben

Das Postulat erfuhr bereits im Vorfeld viel Unterstützung; es wurde von 64 Kantonsräten unterzeichnet. Die Zustimmung zeigte sich auch gestern. SP-Kantonsrat Jörg Meyer (Adligenswil) sagte etwa: «Es ist eine Chance für den Kanton Luzern, sich endlich wieder zu profilieren statt zu warten.» Der Kanton Graubünden nehme im schweizerweiten Vergleich schon jetzt eine Vorreiterrolle wahr.

FDP-Kantonsrat Guido Bucher (Flühli) fügte an: «Wir er-

«Es ist eine Chance für Luzern, sich endlich wieder zu profilieren.»



Jörg Meyer
SP-Kantonsrat

warten bei der Strategie kein Buch, sondern ein einfaches Papier, das hilft, die Grundversorgung über den 3 Megabit pro Sekunde sicherzustellen.»

Es gab aber auch Voten, die sich nur für eine teilweise Erheblichkeitserklärung des Postulats aussprachen. Rahel Estermann (Grüne, Luzern): «Der Netzausbau – gerade im Mobilfunkbereich – muss verträglich für Menschen und Tiere ausgestaltet werden.» Und Urs Brücker (GLP, Meggen) äusserte Bedenken zu den finanziellen Folgen für den Kanton: «Es ist wichtig, dass das Thema aufgegriffen wird, aber: Geschätzte CVP, berücksichtigt auch die finanzielle Lage des Kantons.»

SVP-Sprecher Fredy Winiger (Kleinwangen) hob die praktischen Seiten eines schnellen Internets hervor: «Bauern müssen regelmässig Daten an die zuständigen Behörden übermitteln. Auch der Tourismus ist auf eine

gute Verbindung angewiesen.» Dennoch würde eine teilweise Erheblichkeitserklärung genügen.

Mit 65 zu 35 Stimmen vollumfänglich überwiesen

Auch der Regierungsrat empfahl ein teilweises Ja zum Vorstoss: Wirtschaftsdirektor Robert Küng weibelte für eine teilweise Erheblichkeitserklärung. Laut dem FDP-Regierungsrat sei es richtig, dass in manchen Gebieten eine schnellere Internetverbindung möglich ist als in anderen. Andererseits sei nicht der Kanton für diese Versorgung zuständig, sondern der Bund. «Ich frage mich schon: Wo in Ihrem Umfeld erarbeiten Sie eine Strategie, wenn die Zuständigkeit nicht bei Ihnen liegt?», mahnte Küng.

Es nützte nichts: Mit 65 zu 35 Stimmen wurde das Postulat von Guido Roos vollumfänglich überwiesen. Die Regierung muss also eine Strategie erarbeiten.

Kantonsrat uneins – das Volk entscheidet

Bildungsinitiative Stehen im Abstimmungsbüchlein widersprüchliche Aussagen über die Qualität der Bildung? Diese Frage spaltete gestern das Parlament, die Regierung blieb cool.



Über die Initiative «Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern» wird am 23. September abgestimmt. Bild: Roger Grütter (Horw, 20. August 2018)

Der Luzerner Kantonsrat behandelte gestern eine Dringliche Anfrage, die diesem Namen mehr als gerecht wurde. Der Vorstoss von SP-Kantonsrat Urban Sager betraf die Abstimmung über die Bildungsinitiative, welche bereits am Sonntag ansteht. Laut dem Stadtluzerner widersprechen die Aussagen der Regierung im Abstimmungsbüchlein mit jenen im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019–2022.

Konkret: In der Abstimmungsunterlage heisst es, der Kanton verfüge über ein «breites und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot». Gleichzeitig steht aber im AFP, dass die knappen Finanzen die «Qualität und

das Angebot an den Schulen gefährden» würden (Ausgabe vom 6. September).

Wie steht es nun wirklich um die Bildungsqualität? Für Sager ist klar: Die Qualität hat seit dem Anfang der Legislatur 2015 unter den kappen Finanzen leiden müssen. So musste man Zwangsferien verhängen, Freifächer wurden an Gymnasien gestrichen und die Gebühren für den Instrumentalunterricht erhöht. «In der Abstimmungsbotschaft zu behaupten, alles sei in Ordnung, ist Augenwischerei», fand auch Rahel Estermann, Neo-Kantonsrätin der Grünen (Luzern).

Anderer Meinung war die CVP. Thomas Grütter (St. Urban)

fand, die Regierung habe die Chancen, Stärken und Schwächen der Bildungsqualität stets transparent aufgezeigt.

Regierung: Aussagen mit unterschiedlichem Bezug

Parteikollege Adrian Bühler (Eschenbach) wurde noch deutlicher: Nicht die Regierung widerspreche sich, sondern Urban Sager und die Gewerkschaften. Denn sie seien 2017 gegen die Steuererhöhung gewesen – und beklagen sich jetzt über die Folgen. Die Bildungsinitiative sei unnötig und reisse ein zusätzliches Loch in die Staatskasse.

Laut Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP) widersprechen sich

die Aussagen der Regierung keinesfalls. So würde im aktuellen AFP Bezug auf den vorherigen genommen. Die aufgeführte Lagebeurteilung stamme darum von 2015. «Diese wird jedes Jahr unverändert im AFP abgebildet, um dem Kantonsrat die Möglichkeit zu geben, die seither ergriffenen Massnahmen zu beurteilen.» Im Abstimmungsbüchlein wiederum sei eine Einschätzung für den Bildungsbereich unter Berücksichtigung aktueller Erhebungen aufgeführt, so Wyss.

Das letzte Wort hat nun das Volk – bereits in fünf Tagen.

Niels Jost
niels.jost@luzernerzeitung.ch

Guido Müller tritt als Chef zurück

SVP-Fraktion Die gestern zu Ende gegangene Herbstsession des Luzerner Kantonsrats war die letzte für **Guido Müller** (Bild) als SVP-Fraktionspräsident. Dieses Amt gibt der 60-jährige aus Ebikon per Ende Monat ab. Als Grund gibt die SVP in einer Mitteilung Müllers berufliche Neuausrichtung an, die er ab 1. Oktober wahrnehmen werde. Das Mandat als Kantonsrat wird Guido Müller beibehalten. Er wird auch bei den nächsten Wahlen im März 2019 erneut antreten, heisst es weiter.

Bis die zweitgrösste Fraktion des Parlaments einen neuen Präsidenten wählt, wird Müllers Stellvertreter, Urs Dickerhof aus Emmen, die SVP interimistisch führen. Über die Neubesetzung des Präsidiums wird die Fraktion an ihrer nächsten Sitzung befinden. (pd/jon)



Sozialinspektor darf bleiben

Asylwesen Bei der kantonalen Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen kontrolliert ein Sozialinspektor, dass die wirtschaftliche Sozialhilfe nicht missbräuchlich ausbezahlt wird. Die rund 150 000 Franken pro Jahr kostende Stelle war SP-Fraktionschefin Ylfete Fanaj (Luzern) ein Dorn im Auge. Mit einem Postulat forderte sie den Regierungsrat auf, die Stelle des Sozialinspektors zu streichen und das Geld stattdessen für die Arbeitsintegration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen einzusetzen.

Der Regierungsrat empfahl, das Postulat abzulehnen: Der Sozialinspektor unterstütze den Sozialdienst und entfalte eine präventive Wirkung. Zudem würden Personen, die rechtmässig Sozialhilfe beziehen, vom Missbrauchsverdacht befreit. Mit 86 zu 25 Stimmen lehnte das Parlament das Postulat ab. (avd)